

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Neudorf Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Für die Nachdrucke: 20 011.

Lebeck's - **Dreixing-**
Kakao, Schokolade,
Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1868. • 16 mal prämiert.

Vertheilung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post Anzeigen-Preise. Die Spalte 37 mm breite Zeile 4 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen von Stellen u. Wohnungsmarkt, Spalte 10 mm u. Verhältnisse 25 M. Vorsatzspalte laut Tarif. Neben- und Vorkaufspreise ges. Vorausbezahl. - Einzelnnummer 70 Pf. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Inserentengeld wird nicht aufberechnet.

Ein Abrüstungsvorschlag Lord Georges.

Berminderung der Landheere und Herabsetzung der militärischen Ausgaben.

Paris, 24. Febr. Der „Temp“ schreibt, Lord George werde im Verlauf der Genuefer Konferenz die Abrüstungsvorlage aufwerfen oder anwerfen lassen. Es handle sich um einen zweiseitigen Plan. Zunächst würden die in Genua versammelten Mächte jede für sich die Verpflichtung übernehmen, keinen nicht herausgeforderten Angriff gegen ihre Nachbarn zu unternehmen. Dann würde auf Grund dieser Verpflichtung die Konferenz beschließen, daß die Landheere vermindert werden müßten, und man würde einen Vertrag abfassen, in dem gesagt werden sollte, daß die Landheere aller europäischen Nationen beschränkt würden, in gleicher Weise, wie der Washingtoner Vertrag die Seerüstungen beschränkt habe. Darauf würde erklärt werden, daß die Konferenz von Genua die militärischen Ausgaben Europas vermindere und auf diese Weise wesentlich zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gedchens Europas beigetragen habe.

Dazu bemerkt der „Temp“, Frankreich wolle und könne einem solchen Plane nicht gleichgültig gegenüberstehen, auch wenn er im Programm von Genua nicht vorgesehen sei. Der Vertrag von Washington bringe die Abrüstung zur See, könne aber nicht als Muster dienen, weil sein Artikel 22 den Vertragsmächten erlaube, nach eigenem Gutdünken bei Ausbruch eines Krieges sich ihrer gegenseitigen Verpflichtungen ledig zu erklären. (W. T. V.)

Noch keine Zusage Amerikas für Genua.

Paris, 24. Febr. Die Agence Havas meldet aus Washington: Die Regierung der Vereinigten Staaten hat der italienischen Regierung den Empfang ihrer Einladung zur Genuefer Konferenz bestätigt. Diese Bestätigung läßt in keiner Weise auf den künftigen Entschluß der Vereinigten Staaten schließen. (W. T. V.)

Die Unmöglichkeit eines deutschen Angriffs für viele Jahre.

London, 24. Febr. Neuer erklärt, daß sich im gegenwärtigen Augenblick bei der alliierten Kontrolle in Deutschland etwa 200 Offiziere sowie 400 Unteroffiziere und Mannschaften britischer, französischer, japanischer und italienischer Nationalität befinden, die über das ganze Land verteilt seien mit dem Hauptquartier in Berlin. Eine Besetzung der alliierten Kontrolle komme nicht eher in Frage, als bis die Kontrolle für die Re geschaffen worden sei, zur Verhinderung der alliierten Rüstungen beendet sei. Jede Art von Waffen und Munition, die entdeckt oder anschliefert wurden, seien von den alliierten Kontrollstellen zerstört worden. Obgleich die deutsche Regierung alles reklamierbare Material anscheinend habe, hätten die alliierten Kontrollstellen keinerlei Sicherheit über das, was noch verbleibe. Die angelegten Untersuchungen seien so gründlich wie möglich. Die Arbeit werde erst dann beendet sein, wenn alle Rüstungen davon überzogen seien, daß Deutschland nicht imstande wäre, ein Heer ins Feld zu stellen, das eine Bedrohung für irgendwelche Nachbarland bilden könne. Augenblicklich seien deutsche Waffen und Munition in solchem Umfang zerstreut, daß in autarkischen Kreisen die Ansicht herrsche, Deutschland sei für viele Jahre vollkommen außerstande Frankreich anzugreifen. (W. T. V.)

Damit gibt England eigentlich die deutsche Auffassung zu, daß die Kontrollkommissionen längst ihren Zweck erfüllt haben und daher schon hätten verschwinden können. Die Entwaffnung Deutschlands ist beendet, darüber ist auch in der Entente niemand mehr im Zweifel. Die beliebige beherrschbare Bestimmung, daß erst alle Staaten davon überzeugt sein müssen, daß Deutschland keinen Nachbar mehr bedrohe, sondern nur bedroht werden kann, dient nur dazu, die Beherrschung der Kommissionen zum Schein zu rechtfertigen und ihnen die überaus wertvolle Wirtschafts- und Spionagematerialien weiter zu ermöglichen.

Die Begegnung zwischen Poincaré und Lord George.

Paris, 24. Febr. Poincaré wird bei der Begegnung mit Lord George vom politischen Direktor am Quai d'Orsay Peretti de la Rocca begleitet sein. Seine Ankunft in Boulogne ist für 12 Uhr mittags vorgesehn. Schon abends 9 Uhr gedenkt Poincaré wieder in Paris zu sein. Die Unterredung soll von 3 bis 5 Uhr nachmittags dauern. Der Ort der Zusammenkunft wird geheim gehalten. Nach dem „Matin“ handelt es sich um die Redigierung des Dokuments, welches das Abkommen der englischen und französischen Regierung über die Konferenz von Genua feststellt. Darin werden alle Fragen angeführt, die in Genua behandelt werden sollen, sowie alle diejenigen, welche dort nicht zur Verhandlung kommen. (W. T. V.)

London, 24. Febr. Der Pariser Berichtshalter der „Times“ schreibt: Die Tatsache, daß die Unterredung zwischen den beiden Premierministern von so kurzer Dauer sei, beweise nur, daß die beiden letzten Tage eine ständige Annäherung zwischen dem britischen und dem französischen Standpunkte geordnet hätten. Es scheint jetzt klar zu sein, daß die britische Regierung in Frankreich befriedigende Verhandlungen in Bezug auf drei Gesichtspunkte eingeleitet habe, die in der Note Poincarés vom 5. d. M. erwähnt wurden. Die Genuefer Konferenz werde bestehende

Verträge nicht erörtern und sich mit der Reparationsfrage nicht befassen. Die Abhaltung der Konferenz werde in keiner Weise dem Völkerbunde Abbruch tun. Man nehme sogar an, daß die britische Regierung bereit sei, den Vorkrieg zu machen, daß der Völkerbund erloscht werde, die praktische Durchführung einiger auf der Konferenz von Genua zu fassenden Beschlüsse zu erörtern. Das werde natürlich bedeuten, daß der Völkerbund auf der Konferenz offiziell vertreten sein werde. (W. T. V.)

Frankreich verlangt Geheimhaltung der Unterredung.

Paris, 24. Febr. Die „New York Times“ mitteilt, haben Lord George und Poincaré über eine wesentliche Frage nicht dieselbe Ansicht. Der englische Premierminister verlange, daß die Unterredung von Boulogne wegen ihres intimen und vertraulichen Charakters zu keinerlei Veröffentlichung Veranlassung gebe. Der französische Ministerpräsident fordere, daß die Schlussfolgerungen der Unterredung schriftlich festgelegt und aus ihr, was man in der Parliamentssprache ein Protokoll nenne, gemacht werde.

Der Auswärtige Ausschuss über die Sachleistungen.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 24. Febr. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags beschloß heute die Drangsalation der Sachleistungen, die im laufenden Jahre auf Reparationskonto von Deutschland zugunsten der Entente anzuführen werden müssen, und deren genaue Feststellung durch Vereinbarungen mit der Entente noch zu geschehen hat. Die Regierung hatte es im Hauptansatz abgelehnt, Auskunft über die schwebenden Verhandlungen zu geben. Heute veröffentlicht der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Erklärung „gegen den Eingriff der Entente“, deren unannehmliche Folgen sein würden, daß die gewerkschaftlichen Forderungen auf Sicherung der tarifvertraglich vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen und die Verteilung der Arbeit unter möglicher Berücksichtigung der durch Erwerbslosigkeit wollehenden Bezirke unter den Tisch fielen, weil durch den freien Verkehr jedweder Einfluss auf die Verteilung der Arbeiten fallen würde. Der freie Verkehr würde aber weiteres Schleichertum und Reparationsgewinnler der höchsten Art geradezu nützen.

In den Verhandlungen erklärt die „Deutsche Allg. Ztg.“ noch, daß die Regierung für ihre Forderungen bezir. die Sachleistungen in der ursprünglichen Form weder bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien, noch bei der sozialdemokratischen Partei rückhaltlose Zustimmung gefunden hat. Es scheint, als ob die S. V. D. die Bedenken, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund geäußert hat, teilt. Diese Bedenken gliedern darin, daß einmal die Gefahr besteht, daß unzureichende Elemente sich in den Dandel drängen, da keine Kontrolle darüber zu bestehen scheint, welche Angebote den Ententestaaten von Deutschland aus gemacht werden, so daß man vielleicht eine Art Augenhandelskontrolle wird einrichten müssen. Ferner müsse unbedingte Gewähr dafür geschaffen werden, daß die Sachleistungen von den Ententestaaten tatsächlich auch nur zum Wiederaufbau und zum eigenen Gebrauch, aber nicht zum Weiterhandel Verwendung finden.

Dr. Benesch über Rußland und die Reparation.

Paris, 24. Febr. Der tschecho-slowakische Ministerpräsident erklärte gestern vor seiner Abreise einem Vertreter des „Petit Parisien“: Soweit es sich um die Hilfe für Rußland handle, sei eine Zusammenarbeit der Staaten notwendig. Deutschland verlange, an der Aktion teilzunehmen. Es sei unmöglich, daß man es daran hindere. Aber das Heilungswerk lege das Einverständnis aller Staaten voraus, in letzter Linie also eine Reparationspolitik, die es Deutschland gestatte, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, um in der Gemeinschaft am notwendigen Wiederaufbau mitarbeiten zu können. (W. T. V.)

Der Krach der französischen Chinabank ein Panamaskandal.

Berlin, 24. Febr. Die gestern erfolgte Verhaftung des Generaldirektors der Banque Industrielle de Chine, Fernotte, scheint sich, wie der „Vor-Anz.“ aus Paris berichtet, zu einer Art Panamaskandal auszuwickeln. Es wird berichtet, daß Fernotte es in raffiniertester Weise verstanden hat, eine doppelte Buchführung in des Wortes wörtlicher Bedeutung zu führen, die es ihm gestattete, die riesigen Defizits zu verheimlichen. Es wird behauptet, daß eine Reihe von Politikern, Journalisten und sonstigen einflussreichen Persönlichkeiten regelmäßig große Summen — man spricht von regelmäßigen Zahlungen von 30 000 Franken — von der Bank erhielten, um die Finanzen zu verschleiern. Fernotte ist heute 47 Jahre alt. Besondere Aufsehen erregt in weiten Kreisen das Vorhandensein einer Witwe, von der man annimmt, daß in ihr alle Reize des Institutes namentlich aufgeführt sind. Man befürchtet nun, daß Fernotte, um seine eigene Person zu retten, struppellos alle Helferhelfer preisgeben wird. In der Kammer hat bereits der Abgeordnete Tardieu einen Antrag gestellt, daß eine Untersuchungskommission von 3 Mitgliedern ernannt werde, um die Verantwortlichen festzustellen.

Paris, 24. Febr. Heute vormittag wurden in der Generale der Bank d'Orsay, die von dem gestern verhafteten Fernotte geleitet wird, Dokumente und Papiere beschlagnahmt, die dem Untersuchungsrichter übergeben wurden. (W. T. V.)

Der englisch-französische Ausgleich.

In Boulogne oder Paris treffen sich in diesen Tagen der englische und der französische Ministerpräsident, um in vertraulicher Zwischsprache, nicht, wie vielfach angenommen wird, in offizieller Konferenz die wichtigsten Vorfragen für Genua zu erörtern und, wenn möglich, eine gemeinsame Marschroute für die bevorstehenden internationalen Wirtschaftsverhandlungen festzulegen. Es machen sich diese persönlichen Vorbereitungen der beiden Staatsmänner um so nötiger, als durch den von Poincaré besonders warm empfohlenen diplomatischen Schrift- und Notenwechsel, der nun schon über einen Monat zwischen London und Paris spielt, nicht alle Mißverständnisse vermieden und die schon längere Zeit bestehenden nicht aufgeklärt werden konnten. Hatte doch bereits die Konferenz von Cannes den intimen Zweck, die Gegensätze zwischen England und Frankreich zu überbrücken, verfehlt. Briand kehrte unerwartet nach Paris zurück. Der englisch-französische Garantievertrag konnte nicht abgeschlossen, das Reparationsproblem nur notdürftig geregelt werden und die bereits damals geplante Weltwirtschaftskonferenz erfuhr nicht die umfassende Klärung, die man ihr eigentlich in Cannes zugebracht hätte. Alle diese Fragen bilden natürlich auch nach Abbruch der Besprechungen von Cannes und nach der Rückkehr der leitenden Staatsmänner weiterhin die Hauptthemen der öffentlichen Diskussion, nur daß ihnen, besonders was Paris und London anlangt, immer mehr die Ansichten einer gemeinsamen Auffassung verloren gingen. Man konnte in der Presse beider Länder deutlich wahrnehmen, wie sich vor allem im Hinblick auf die Genuefer Konferenz mehr und mehr ein ausgemacht französischer und ein englischer Standpunkt herauskristallisierte, obwohl Briand und Lord George noch eben erst die Übereinstimmung ihrer Ansichten zum Programm der bevorstehenden Konferenz in jener bekannten Resolution von Cannes kundgegeben hatten. Aber gerade diese Resignation war es, deren verschiedenartige Auslegung Anlaß zu Differenzen geben sollte. Vier Wochen, nachdem sie gefaßt war, machte sie Briands Nachfolger zum Ausgangspunkt einer kritischen Note, die den Vertretern der französischen Regierung im Auslande zur Weitergabe an die Regierungen aller Staaten übermittelt wurde. Poincaré feierte förmlich die sechs „Grundzüge der Erklärung von Cannes“ in diesem Schriftstück und verhandelt es, jeden einzelnen so auszuliegen, daß er irgendwie mit französischen Prinzipien unvereinbar erscheinen mußte, ein Zeichen, um wieviel skeptischer er noch als sein Vorgänger der sich ganz vorsichtig anbahnenden Weltwirtschaftskongress gegenüberstand. Der Artikel 3 der Resolution von Cannes hatte festgesetzt, daß es in Genua darauf ankommen müsse, noienwendige Bedingungen für die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens zu treffen, ohne allerdings die bestehenden Verträge zu verletzen. Poincaré folgte aus dieser Vereinbarung, die sogenannten Friedensverträge dürften in Genua überhaupt nicht besprochen werden; sie konstatierten das öffentliche europäische Recht und seien deshalb unantastbar. Neben dieser Forderung stellte er eine Anzahl weiterer grundsätzlicher Wünsche, die ebenfalls auf die Resolution von Cannes zurückgingen. Es behagte ihm nicht, daß man in Cannes sich darüber einig geworden war, ohne alle Einschränkung den in Genua auftretenden Mächten zur Pflicht zu machen, sich jedes Angriffs auf benachbarte Länder zu enthalten. Er vermehrte hierbei den Spielraum, den der Verfallter Vertrag den Alliierten im Falle der Nichterfüllung der Reparationsbestimmungen“ durch Deutschland eingeräumt hatte und konnte sich nicht enthalten, dieses Reservatrecht in seiner Note besonders zu betonen. Seine weiteren Sonderwünsche bezogen sich auf die bedingte Anerkennung Rußlands und dessen Teilnahme in Genua sowie auf die Vertagung der Konferenz.

Selbstredend konnten diese rein egoistischen Forderungen, die den Zweck der Konferenz stark gefährdeten, in England keinerlei Anklang finden. Man wollte in London mit der neuen Weltwirtschaftskonferenz endlich eine Erklärung des englischen Handels von den schwebenden Ketten der wirtschaftsfeindlich gedachten und wirkenden Friedensverträge herbeiführen, wollte an Stelle der England schädlichen Vertragsbestimmungen eine neue beifame, freie Vereinbarung setzen. Das war der Sinn des ganzen, von Poincaré angeregten, von Lord George hastig aufgearbeiteten Konferenzgedankens. Und als ein nicht zu unterschätzender britischer Erfolg mußte es angesehen werden, daß es dem englischen Premier gelang, Briand in Cannes von der prinzipiellen Notwendigkeit einer solchen Konferenz zu überzeugen und jene Resolution vom 6. Januar zur Annahme zu bringen. Doppelt fraglich und gefährlich für London war es deshalb, als Poincarés Memorandum zur Resolution von Cannes bewies, wie weit sich Frankreich von der eben erst hergestellten Übereinstimmung entfernt hatte. Lord George schwebte zunächst. Als sich aber die Gerüchte vom Erscheinen der französischen Bemühungen, die Konferenz zu verzetteln, verbreiteten, als das Kabinett Poincaré zurücktrat und die tschechischen Vorbereitungen dadurch nachteilig beeinflusst erschienen, als endlich Venek seinen Einfluß in Paris und London geltend zu machen begann da trat der englische Ministerpräsident aus der nur wenige Tage gewährten Reserve hervor und knüpfte durch Curzon von neuem Verbindungen mit Frankreich an. Die gleichzeitige auf Lord Georges Veranlassung geführten Verhandlungen Lord Gardines mit Poincarés brachten angeblich eine rasche Einigung über die kritischen Vorfragen. Man nennt drei Punkte und einige Richtlinien, auf die sich

England und Frankreich in gleicher Weise schlossen haben. Danach soll keiner der bestehenden Friedensverträge in Genua irgendwie erörtert werden, das Reparationsproblem bleibt außerhalb jeder Diskussion, und sämtliche anderen Fragen, deren Lösung in Genua schließlich werden dem Völkerbund überlassen. Darüber hinaus ist man sich schlußlos geworden, die Konferenz um einige Wochen zu verschieben, um den Sachverhalt der Möglichkeit zu geben, in Ruhe ihre Vorarbeiten zu Ende zu führen, und außerdem die Teilnahme der Sowjetrepublik und den Abschluß von Wirtschaftsverträgen mit Rußland nicht als eine Anerkennung der Sowjetrepublik zu betrachten. Wenn diese von beiden Ländern verbotenen englisch-französischen Verhandlungen tatsächlich sich als möglich erweisen sollten, dann werden sie von zweifelhafter Bedeutung sein. Einmal müßten sie als eine neuerliche Überbrückung der englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten angesehen werden, die nur durch die Preisgabe des ursprünglichen englischen Standpunktes zugunsten kommen konnte, und ferner werden sie den Wert der Genueser Zusammenkunft in nachteiliger Weise beeinträchtigen, wenn nicht ganz zerstören würden. Wir haben keine Ursache, den englisch-französischen Austausch als eine besondere Lieberbrückung anzusehen. Wer an die Heilung der verkehrswirtschaftlichen Differenzen dieser beiden Länder in den letzten Jahren denkt, dem dürfte es von vornherein klar gewesen sein, daß auch die Spannung der vergangenen Wochen sich irgendwann lösen würde. Daß aber diese Lösung nur auf Kosten der für Deutschland besonders wichtigen Konferenz gefunden werden konnte, muß doch mit schweren Bedenken erfüllt. Was soll eine Weltwirtschaftskonferenz, wenn ihr von Anfang an die Mittel genommen werden, die wirtschaftlichen Hindernisse aus dem Wege zu räumen? Gerade die Friedensverträge und das mit ihnen verbundene Reparationsproblem sind es, die den Wiederaufbau der Weltwirtschaft hemmen. Sie müßten in Genua hart unter die Lupe genommen und revidiert werden, wenn mit der gegenwärtigen Verzögerung wirklich aufgehört werden sollte. Daraus kann aber keine Rede mehr sein, nachdem die beiden mächtigsten europäischen Nationen sich gegen viele dringende notwendige Revisionen abgemeldet haben.

Es bedarf keiner Frage, daß dieses bisherige Ergebnis der eingeleiteten englisch-französischen Verhandlungen auch für die Alliierten selbst von schwerwiegenden Folgen begleitet ist. Die Hoffnungen Englands auf eine Wiederherstellung seines Handels werden durch diese Verhandlungen ebenso unerfüllbar wie der angelegte Wunsch Frankreichs nach einer endgültigen Regelung der Wiederherstellungsangelegenheiten überhaupt. Und all die Erwartungen, die beide Länder an die Einbeziehung Rußlands in die Konferenz knüpfen, dürften als gescheitert angesehen werden, wenn sie darauf bestehen, den Sowjetvertretern die Gleichberechtigung zu verweigern. Ob diese unüberwindlichen Hindernisse allein durch einen engeren englisch-französischen Zusammenschluß aufgewogen werden, darüber wird man sich in London und Paris erst dann einmal klar werden, wenn die Konferenz mit einigen papierenen Beschlüssen auseinandergegangen sein wird und die wirtschaftliche Aufblüher Europas ihren Fortgang nimmt.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf.

Genf, 24. Febr. In einer gemischten Sitzung, die heute unter Vorsitz der deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertreter von der 8. Unterkommission (Arbeitsgeber- und Arbeitnehmerorganisationen) und der 12. Unterkommission (zwischenstaatliche Organisationen) abgehalten wurde, trug der Direktor des Internationalen Arbeitssamites Thomas eine bereits wiederholt vertretene Ansicht aus über die Notwendigkeit einer gemischten beratenden Arbeitskommission in Oberschlesien vor. Aufgabe dieser Kommission wäre es, alle Streitigkeiten zu regeln, die auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung, des Arbeitsrechts, der Tarifpolitik entstehen können, um Differenzen bei der freien Vertretung der Gewerkschaftsorganisationen auszugleichen. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt. (W. T. B.)

Einigung über die Versorgung der ober-schlesischen Hüttenwerke.

Genf, 24. Febr. Die Verhandlungen, die Ministerialdirektor v. Stöckmann mit dem polnischen Vertreter in der 5. Unterkommission über die Versorgung der Hüttenwerke in Oberschlesien führte, haben, wie das Völkerbundsekretariat mitteilt, eine günstige Wendung genommen, die zu der Hoffnung berechtigt, daß diese Frage, die bisher für eine der schwierigsten gehalten wurde, demnächst eine Regelung finden wird. Für die Lieferung von Altkohle an die Hüttenwerke kam man grundsätzlich überein, daß jeder Staat für eine bestimmte Zeit den Hüttenwerken auf dem Gebiete des anderen Staates Ausfuhrbewilligungen für dieselben Altkohlenmengen gewähren soll, die der bisherigen Erzeugung entspricht. Für die Versorgung der polnischen Hütten mit Eisenerzen konnten bis jetzt noch keine Jahreskontingente festgelegt werden, aber man einigte sich auf eine vorläufige Zahl. Die endgültige Kontingenterstellung soll erfolgen, sobald die beiden Staaten von den ihnen zugesprochenen Gebieten Besitz ergriffen haben. (W. T. B.)

Die Verhandlungen der Frankfurter Sozialistenkonferenz.

Frankfurt a. M., 24. Febr. Die gestrigen Vorbereitungen der Delegierten der Zweiten Internationale, bei denen Deutschland, Holland, England, Belgien und Dänemark vertreten waren, führten, wie die „Volksstimme“ meldet, zu einer einmütigen Auffassung über die Taktik gegenüber der Internationale 2^{1/2} und der Dritten Internationale. Gegenüber der Dritten Internationale zeigten alle Mitglieder starke Zurückhaltung. In der Sitzung des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale wurde zur Unterstützung von Georgiens durch die Sowjetrepublik eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Das Exekutivkomitee stellt fest, daß es auch heute keine andere rechtmäßige Regierung von Georgien gibt, als jene, die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist. Die von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Vertreter können nicht im internationalen Verkehr, wie insbesondere auf der Konferenz von Genua, als Vertreter des Volkes von Georgien gelten. Unschlüssig bei der Genueser Konferenz einigte sich das Exekutivkomitee auf folgender Entschließung: Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale stellt fest, daß die Frage des Wiederaufbaus der Weltwirtschaft, die den wichtigsten Gegenstand der Konferenz von Genua bilden soll, im höchsten Maße eine Frage der Arbeiterklasse ist. Es fordert die Arbeiterorganisationen auf, alle notwendigen Maßnahmen zu unternehmen, um sich auf der Konferenz von Genua einen der Größe ihrer Interessen entsprechenden Einfluß zu sichern.

Annahme des Justizetat im Reichstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 24. Febr. In der fortgesetzten Besprechung des fünften Nachtrags zum Haushaltsplan, der im wesentlichen widerrechtliche Beihilfen für Beamte in teuren Orten bringt, führt Abg. Wenzel (D. Sp.) aus: Die Zustimmung zu den Beihilfen wird auch erleichtert durch das Versprechen des Finanzministers, daß sie nach Neuregelung der Besoldung fortlassen sollen. Wir hoffen, daß die Neuregelung am 1. April den Beamten ausreichende Beihilfen bringt. Die Beamten sind empört über die Darstellung des Finanzministers, als ob der Rot der Beamten laufend abgehoben werden ist. Tatsächlich ist seit Oktober nichts geschehen. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. Er ist ja nur gestellt aus einer gewissen Abneigung gegen die höheren Beamten heraus. Diese Wirtschaftsbefehle ergreift leider die Beamten weder zum Streit; denn diejenigen, die sie nicht erhalten, müssen geradezu für dieselben Bewilligungen kämpfen. Sie (zu den Sozialdemokraten) wollen die wahren Beamtenfreunde sein, aber unseren Antrag, den Beamten vom Oktober ab dieselben Teuerungszulagen zu gewähren wie im Krieg, haben sie abgelehnt. (Hört! Hört! recht!) — Abg. Velius (Dem.): Dem Antrag Steinbock können wir nicht zustimmen. Bei einer Wirtschaftsbefehle kann keine Differenzierung stattfinden. — Abg. Freytag (N. S.): Wir sind mit diesem Rotbehl vorläufig einverstanden, verlangen jedoch eine sofortige Besoldungsneuregelung. — Abg. Wille (Centr.): Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab.

Damit schloß die Aussprache. Die Abstimmung findet beim Etat-Gesetz statt. Nach dem dritten Nachtrag zum Haushaltsplan des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wurden 2350 Millionen Mark nachgefordert. — Abg. Herk (N. S.) betrugte die Streichung dieses Titels. Bei der Abstimmung wurde entgegen dem Antrag Dr. Herz der Titel aufrechterhalten. Der sozialdemokratische Antrag zu den Wirtschaftsbefehlen wurde abgelehnt. Angenommen wurden die Ausschusshinrichtungen, sowie das Etatgesetz. Auch in dritter Lesung wurde der gesamte Nachtragshaushalt angenommen. Es wurde sodann die

zweite Beratung des Justizetat's fortgesetzt. — Abg. Dr. Volk (Centr.) erklärte in seinen Ausführungen u. a.: Am wissenschaftlichen Charakter des Rechtsstudiums müssen wir festhalten. Der soziale Einfluß ist für alle Studenten, insbesondere aber bei den Juristen möglichst zu vermindern. Seine Partei als Vertreterin des Katholizismus betrachte die Ehe als unauflöslich, aber auch auf allgemeinen staatspolitischen Erwägungen lehne sie alle entgegengelegten Anträge ab. Die Unabhängigkeit und Unabänderlichkeit der Richter muß gewährleistet werden.

Rechtsjustizminister Dr. Hebborn erklärte zunächst, daß er heute keine Programmsprache halten wolle. Der Vorredner, der aus allen Kreisen des Reiches in der Entscheidungstrage ertöne, sei unüberhörbar; er habe auch unter im Danke Widerhall gefunden. Er werde nicht unangehört bleiben. Der Minister erklärte weiter, den Ausführungen seines Protraktionskollegen Hoffmann über die Klassenjustiz könne er beistimmen sowohl in Bezug auf die Tatsache selbst wie auf den Begriff. Er habe im Ausschuss nicht gefaßt, die Klassenjustiz sei ein Schlagwort, sondern es komme darauf an, und nicht durch Schlagwörter auseinanderzureihen, vielmehr Gemeinsameres zu finden. Nur so könnten wir der Not unserer Justiz begegnen. In zahlreichen Strafurteilen trete leider eine erschreckende Unkenntnis der politischen Verhältnisse hervor. Wer dem Gedanken des sozialen Volksozialismus feindlich gegenüberstehe, vermöge das Recht nur so auszuüben, wie etwa der Teufel die Bibel. Es sei bedauerlich, daß nicht die gesamte Richterschaft ein einiger republikanischer Richterbund sei. Die Republik fordere gewiß von ihren Beamten nicht, daß sie Gesinnungsrepublikaner sind, wohl aber müßten sie Bernunftrepublikaner sein. Die Richterschaft müsse sich stets für machen, daß es sich bei dem tiefen Mißtrauen der Masse in die Rechtspflege nicht etwa um eine Wunde der sozialistischen Presse handle. Man könne dieses Mißtrauen gar nicht ernst genug nehmen. Auch wenn man es für unberechtigt halte, müsse man es als eine schwerwiegende Tatsache anerkennen. Es handle sich um den Ruf einer in ihrem Gewerdigtseitsgefühl mißhandelten Volksschicht. Es beabsichtige nicht, die richterliche Unabhängigkeit anzufragen. Es sei eine Zeitungsabel, daß er auf dem Örtlicher Parteitag für die Weisheit der Richter eingetreten und daß ein entsprechender Beschluß gefaßt worden sei. Ein solcher Antrag sei vielmehr mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden. Ein Mittel zur Geländung unserer Justiz sei

die Reform des juristischen Studiums. Die Neuordnung des juristischen Studiums denke er sich folgendermaßen: Ein Semester wesentlich zur Einführung, Zurückziehung der historischen und römisch-rechtlichen Fächer

bis zu einem späteren Abschnitt des Studiums und harte Einschränkung des Zivilprozesses, Vorrückung und harte Betonung des öffentlichen Rechts, erhöhte Betonung der Wirtschaft und insbesondere auch Privatwirtschaftslehre, Umstellung der Prüfung in öffentliches Recht und privates Recht und schließlich ein in die Referendardarstellung einzuschaltendes Nachstudium an der Universität. Diese Reformen seien freilich nur dann durchführbar und fruchtbar, wenn mit ihnen Hand in Hand gebe eine Neuordnung der Besoldung und andererseits eine Verfeinerung der Referendartätigkeit. Schließlich halte er auch ein Grundgesetz der juristischen Ausbildung eine juristische Volksbildung für notwendig. In wenigen Monaten werde dem Haus ein Entwurf über die Neuordnung der Strafgerichte vorgelegt. Der Hauptantrag sei auf die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu legen. Sie seien fast die einzigen, die das volle Volksovertrauen genießen, insofern ihres genauen Zuschnittes auf den Kaufmann, in dem wir nun einmal leben. Die Kaufmanns- und Gewerbegerichte müßten auf die Amtsgerichte angegliedert werden. Eine sachgemäße Organisation der an die Gerichte angegliederten Arbeitsgerichte würde einen ungeheuren Gewinn bedeuten. Die Ausgliederung der Arbeitsgerichte aus der Justiz bedeutete das Todesurteil über unsere ordentliche Justiz. Dann würde alle Sozialjustiz verschwinden und es bliebe nur die Bourgeoisjustiz in kapitalistischen Prozessen übrig. Die Kritik, die er an den Verordnungen zu üben für eine Aufgabe des höchsten Justizverwaltungsbeamten des Reiches erachtet, mache auch vor dem

Reichsgericht nicht halt. Die Auslegung, die das Reichsgericht dem Begriff des Führers und Urheber in dem sogenannten Rapp-Kmnechtsgesetz gegeben hat, halte er zwar mit dem Wortlaut vereinbar, aber als im schärfsten Widerspruch mit dem Willen des Reichstages stehend. Zusammenfassend könne er doch sagen: Allen Respekt vor unserem Reichsgericht! Es sei erforderlich, nach Möglichkeit dem Reichsgericht die Stellung in der Staffellung der Besoldungslage wiederzugeben, die es vor dem Krieg eingenommen hat. Auch vom Auslande müßten wir Respekt vor dem Reichsgericht verlangen, besonders hinsichtlich der „Kriegsverbrecher“-Prozesse. Den Ausführungen eines amtlichen französischen Schriftstellers über den Charakter dieser Kriegsverbrecher müsse er die Basis eines Englanders gegenüberstellen, der bei mehreren Prozessen in Leipzig zugegen war und darüber in einem Buche schreibt, daß der Senat durchaus fair gehandelt habe. Der englische Generalstaatsanwalt habe ein Wortwort dazu geschrieben und darin erklärt, daß in Leipzig der Mensch bekannt, den Tatsachen auf den Grund zu kommen und zur Wahrheit zu gelangen. Der Minister stelle sich, daß jeder deutsche Jurist diese englischen Ausführungen mit Stolz lesen könne. Die Behandlung der Rapp-Kmnecht durch das Reichsgericht sei einer der Haupturände, um denselben der Ruf nach einer neuen Kmnecht nicht verkommen. Er halte eine neue Kmnecht für unumgänglich, schon aus rein juristischen Gründen. Das Begnadungsverfahren, ein schriftliches Verfahren ohne unmittelbaren Eindruck der Person, sei das schlechteste Verfahren, das wir haben.

Abg. Brodau (Dem.): Die Gründung des republikanischen Richterbundes war notwendig. Der Richterbund bekennt sich zur demokratischen Republik. Das ist doch etwas anderes, als was Dr. Rahl für alle Richter in Anspruch nimmt, nämlich die einfache Verfassungstreue. Trotz aller Verfassungstreue will doch die Deutsche Volkspartei die Monarchie wieder herstellen. Das hat Dr. Stresemann stets betont. Die Gründung war wegen des Mißtrauens wider Volkskreise gegen die bestehende Justiz erforderlich. Gegenüber Angriffen auf die Staatsautorität von links funktionierte die Justiz, bei Angriffen von rechts hoch aber das Mißtrauen. Selbst der Reichspräsident ist auf dem Weg der Privatklage angewiesen. Auch bei Ministerbefehlungen wird nicht mehr öffentlich Klage erhoben. Die März-Verordnungen von 1921 wurden sofort abgelehnt, aber es dauerte 1 1/2 Jahr, bis der erste Rapp-Buchst zur Aburteilung kam.

Abg. Dr. Gersfeld (Komm.) erhebt Einspruch gegen die Ausgliederung der Richter Dato's. Deutschland sei zum Hüter des monarchischen Spaniens geworden. — Reichsjustizminister Dr. Hebborn: Die Verantwortung für die Bewilligung der Ausgliederung liegt bei der Reichsregierung, die Verantwortung für die Ausführung bei der preussischen Regierung. Bei beiden Regierungen herrsche Einigkeit. — Abg. Dr. Wölke (Unabh.) preist die bayerische Justizverwaltung hoch an. Die bayerische Justizverwaltung würden langsam dem Irrsinn nahegebracht.

Der Justizhaushalt wurde darauf mit der Entschließung angenommen, die die Regierung auffordert, einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Entschädigung für Schöffen und Geschworene einzubringen. — Das Haus verlegt sich auf Donnerstag, den 2. März, nachmittags 2 Uhr. — Schluß 7 Uhr.

Facta und die Kabinettsbildung.

Rom, 24. Febr. (Telef.) Der Name Tittoni wurde bis Mitternacht in parlamentarischen Kreisen im Zusammenhang mit der Kabinettsbildung genannt und fand großen Anklang. Gegenwärtig hält man ihn aber im Hintergrund für den Fall, daß eine andere Kombination scheitert. Für eine solche Kombination ist Facta sehr lästig, der, wie gemeldet, vom König den Auftrag zur Kabinettsbildung erhielt. Er wird heute nachmittag mitteilen, ob er die Kabinettsbildung übernimmt. Tittoni ist selbst für diese Wagnis, und um sie zu erleichtern, will er sich bereit erklären, den Vorsitz der italienischen Delegation auf der Genueser Konferenz zu übernehmen, ohne Mitglied des Ministeriums zu sein. Als Präsident des Senats würde Tittoni das Recht suchen, auf der Konferenz den Vorsitz zu führen. Facta bereit heute früh mit den Vorständen der parlamentarischen Gruppen und sicherte sich bereits die Unterstützung und Teilnahme der Demokraten.

Der Fall Menieurs vor der französischen Kammer.

Paris, 24. Febr. Die heutige Kammereröffnung beschäftigte sich mit drei Interpellationen über die Angelegenheit Paul Menieurs, der, wie gemeldet, im November 1919 unter dem Verdacht, Beziehungen zum Feinde zu unterhalten, verhaftet worden war und dessen Freilassung vor einigen Tagen mangels jeglichen Beweises erfolgte.

Frankreichs Interesse an der Reichspräsidentenwahl.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Paris, 24. Febr. Die Berliner Meldungen über die Möglichkeit einer baldigen Reichspräsidentenwahl erregen hier lebhaftes Interesse. Man erwartet von dieser Wahl Klärung über die wahre Meinung des deutschen Volkes. In französischen chauvinistischen Kreisen rechnet man hauptsächlich auf die Wahl des Kandidaten der Reichspartei, und man hofft, daß ein solches Ergebnis die Wiederbelebung der chauvinistischen Bewegung in Frankreich und das Ende des Verhängnisvollen Programms herbeiführen werde. In jenen französischen Volkstheorien, die eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland wünschen, wird die baldige Vornahme der Reichspräsidentenwahl als ein außerpolitisch bedeutungsvolles Experiment (?) betrachtet. Frankreichs Eile zu diesem Schritt darf natürlich kein Hindernis bilden, daß dem deutschen Volke endlich das ihm durch die Verfassung gewährleistete Recht zuteil wird. Die obige Meldung steht beinahe aus wie „made in Germany“.

Eine Reichsaussschuß-Tagung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 24. Febr. Am 11. und 12. März tritt in Berlin der Reichsaussschuß der Deutschen Volkspartei zu einer Tagung zusammen. Es nehmen daran teil die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses, sowie die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Wahlkreisverbände. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Stellungnahme zur Politik der Reichstagsfraktion.

Verkauf anhaltischer Staatsaktien.

Desau, 24. Febr. Der anhaltische Staat hat seinen gesamten Besitz an Aktien des Realwertes Salzdetfurth nicht, wie in einer Berliner Korrespondenz fälschlich gemeldet wurde, für 90, sondern für 12 1/2 Millionen Mark an ein unter Führung des Berliner Bankiers Hugo Dersfeld stehendes Bankenkonsortium verkauft. Die Veräußerung erfolgte in erster Linie, weil nur dadurch der Übergang der Aktienmehrheit von Salzdetfurth ans Ausland verhindert werden konnte. (W. T. B.)

Bürgerlicher Unterricht im Heere.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 24. Febr. Im Austauschschuß des Reichstages wurde heute bei der Besprechung des Haushaltes des Reichswehrministeriums das Problem der Befestigung des bürgerlichen Unterrichts im Heere einer eingehenden Beratung unterzogen. Abg. v. Galswirth (D. N.) betonte die Wichtigkeit des bürgerlichen Unterrichts in unserem neuen Heere. Das Ziel dürfe nicht sein das Erreichen einer allgemeinen Bildungshöhe wie früher das Einjährigengeld oder gar das Reifezeugnis. Es müsse vielmehr eine Berufsschule werden mit allgemeinem Unterbau und Verzweigungen nach oben. Schwierigkeiten liegen in der Verschwendung des Personals, der Vorbildung, der Berufsschule, sowie des verfügbaren Personals. Die Schule dürfe auch keine einseitige Vorbereitung auf den Beamten begeben. Gegen den geplanten Weltanfangsunterricht beständen wesentliche Bedenken.

Metallearbeiterfreil in Westdeutschland.

Reins, 24. Febr. Den Vätern zufolge ist der Streik der Metallearbeiter in Reins, Wiesbaden und im Rheingau allgemein geworden. Im Reins sind freilich etwa 15 000, im Bezirk Wiesbaden und im Rheingau etwa 5000 Metallearbeiter. Von dem Ausstand betroffen sind hauptsächlich die großen Werke, wie Opel bei Rüsselsheim, die Maschinenfabrik Augsburg-Münchener und die Waggonfabrik Gebr. Castell in Reins-Rhombach. (W. T. B.)

Der Vernichtungskampf gegen das baltische Deutschland in Lettland.

Von unserer Lit.-Kritikerin (aus Ostpreußen).
Vor einer Zeit fanden in Riga drei große deutsche Protestversammlungen statt, auf denen die deutschen Abgeordneten Magnus, Baron Ström und P. Klinge den schwermütigen Vernichtungskampf der lettischen Regierung gegen die baltischen Deutschen anklagten.

Bei den sich überziehenden Geschehnissen der großen Politik tritt der Kampf der Deutschen im Auslande über Gebühr zurück. Er sollte als ein zühmendes Zeichen deutschen Willens von der wärmsten Teilnahme aller Deutschen begleitet werden. Weder auf dem weiten Erdumfang kämpfen sie heute für die deutsche Kultur, noch gegen den Vernichtungskampf der lettischen Regierung.

Aus den beiden baltischen Randstaaten Lettland und Estland wissen wir, daß eine unter dem schonkärberischen Namen eines „Agrargesetzes“ durchgeführte brutale Enteignung des deutschen Großgrundbesitzes diesen vernichtet und dem baltischen Deutschland seine stärkste materielle Stütze erschlagen hat. Dann folgte die wirtschaftliche Vernichtung der deutschen Gewerbetreibenden, der deutschen Pächter und Ackerer, die vom flachen Lande vertrieben wurden. Nachdem das deutsche städtische Bürgertum durch die Volksschulen seiner Habe beraubt worden war, nachdem Handel und Wandel zerstört worden sind und die kantonalen Stellungen — geringe Ausnahmen abgerechnet, wo sich kein lettischer und einseitiger Erfolg beschaffen ließ — den baltischen Deutschen grundtätig verschlossen wurden, blieben ihnen im Grunde nur noch die freien Berufe und die kommunalen Stellungen übrig. Aber auch aus diesen sollen sie offensichtlich — vor allem in Lettland — verdrängt werden.

Wohl man abzielt, läßt sich am deutlichsten in Riga erkennen, wo die Stadtverwaltung durch eine rigorose Verordnung eine Prüfung aller städtischen Beamten auf ihre Kenntnisse im Lettischen, und zwar mündlich und schriftlich, angeordnet hat. Wer nicht befreit wird, sofort entlassen; er mag noch so lange gedient haben, noch so tüchtig sein und noch so wenig mit lettischem Publikum zu tun haben. Wegen 50 Prozent der städtischen Beamten „genügen nicht“, darunter erprobte deutsche Sprachschwestern an den städtischen Krankenhäusern, das Mikroskop bedienende deutsche Damen. Ein Monsieur dagegen, der durchgefallen war, erklärte darauf, er sei bereit, die Prüfung für unnötig vorgenommen bezeichnet wurde und er im Amt blieb. Bräutler und unabweisbar kann die ganze Prüfungsmethode nicht als das entlarvt werden, was sie ist, ein Mittel zur Verdrängung aller Deutschen aus der Verwaltung Rigas! Der Führer der deutschen Stadtverordneten Dr. Paul Schiemann hat gegen diesen Terror einen klammen Protest an die Adresse des Rigaer Stadthauptes Anderson gerichtet, in dem er ihm den einmütigen Widerstand der Deutschen ankündigt: sie seien „nicht gewillt, widerstandslos und ohne Protest das Todesurteil, das ihrem Volkstum gesprochen werden soll, entgegenzunehmen“.

Die Ereignisse hat sich durch einen eienmütigen Erlaß des lettischen Justizministers Polmann noch gesteigert, der entgegen dem Rat der Anwaltschaft und unter Umgehung des Senats von heute auf morgen den Rechtsanwaltschaft den allseitigen Gebrauch der lettischen Sprache vorschreibt, ja selbst den Gebrauch der deutschen oder russischen Sprache seitens der Parteien und Zeugen vor Gericht, unter Androhung des Todesurteils, das im Falle der Verweigerung ausgesprochen werden soll, entgegenzunehmen.

Die Ereignisse hat sich durch einen eienmütigen Erlaß des lettischen Justizministers Polmann noch gesteigert, der entgegen dem Rat der Anwaltschaft und unter Umgehung des Senats von heute auf morgen den Rechtsanwaltschaft den allseitigen Gebrauch der lettischen Sprache vorschreibt, ja selbst den Gebrauch der deutschen oder russischen Sprache seitens der Parteien und Zeugen vor Gericht, unter Androhung des Todesurteils, das im Falle der Verweigerung ausgesprochen werden soll, entgegenzunehmen.

Das Urteil im Belgrader Kommunistenprozess.
Graz, 24. Febr. Nach einer Meldung der „Tagespost“ aus Belgrad ist im Kommunisten-Prozess das Urteil gefällt worden. Verurteilt wurden Stejslik zum Tode, Rajos Glaz zu 20 Jahren Kerker. Die Hauptmitglieder des Exekutivkomitees der jugoslawischen kommunistischen Partei und Mitglieder der Stupskina Komawtschewitsch, Koptisch, Filipowitsch, Trebinjatsch und Genossen zu je 3 Jahren Kerker, Student Nikolic zu 4 Jahren Kerker. Neunzehn Angeklagte wurden freigesprochen.

Ein Rückzug.

Von politischer Seite wird uns geschrieben:
Die sozialistische Regierungskoalition Sachens hat am Freitag einen bemerkenswerten Rückzug angetreten. Sie hatte von der Regierung eine Gesetzesvorlage verlangt, in der der 1. Mai und der 9. November zu gesetzlichen Feiertagen gemacht werden sollten. Bei der Vorbereitung der Vorlage erklärten die bürgerlichen Parteien, sie würden diese Herausforderung aller nichtsozialistischen denkenden Kreise damit beantworten, daß sie über dieses Gesetz einen Volksentscheid herbeiführen würden, wenn er im Landtage angenommen werden sollte. Nunmehr gingen die Sozialdemokraten doch Bedenken bei, ob sie es auf den Volksentscheid ankommen lassen könnten. Sie teilen offenbar die Ansicht der bürgerlichen Kreise, daß das Volk sich in diesem Falle gegen die Sozialdemokratie und ihre Regierung wenden würde. Deshalb luden sie die Schlußabstimmung über die Angelegenheit zu verzögern. Der mehrheitssozialistische Abgeordnete Reiche als Mildererklärter war trotz verheißener Aufmunterungen nicht zu bewegen, der Landtagstanzel einen Bericht ausgeben zu lassen.

In der letzten Landtagssitzung forderte der Führer der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Müller, daß die Sache nun endlich erledigt und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gebracht werde. Der alte Abgeordnete Reiche, der in den langen Reden den höchsten 5 Zeilen langen Bericht nicht fertig zu stellen vermochte, war nun auf einmal sehr lebendig; er verlas einen bereits vorher fertiggestellten Gesantrag, der darauf hinauslief, die Abstimmung bis Ende März auszuschieben. Mit der bekannten Drei-Stimmen-Mehrheit wurde dieser Gesantrag angenommen.

Das sieht, oberflächlich betrachtet, beinahe wie ein Sieg aus und ist doch tatsächlich ein kümmerlicher Rückzug, der einer inneren, aber empfindlichen Niederlage folgt. Die Sozialdemokratie wagt es offenbar nicht, diese Vergewaltigung der Staatsbürger vor dem Volke zu vertreten. Sie fürchtet mit Recht, daß zahllose Arbeiter und Arbeiterinnen von dem Tanactischen der Revolutionsregierung nicht wissen wollen, sie scheut das Urteil der Wähler. Im vergangenen Sommer hatte wenigstens die von Poinisti geführte Regierung den Mut, einen Appell an die Wählererschaft vorzuschlagen, jetzt ist nicht nur den Regierungsparteien, sondern auch der Regierung bange davor, ihre Absichten dem Urteil des Volkes an unterstellen.

Man sollte meinen, die Sozialdemokratie würde mit beiden Händen nach der Möglichkeit der Landtagsauflösung faßen. Wenn man der Völkspresse glauben wollte, dann wehte gerade jetzt die kräftigste sozialistische Vorwärtsfront. Man weiß ja so viel zu schreiben von den ansehnlichen aufheupolitischen Erfolgen der Sozialdemokratie durch die Reichsregierung. Die vor der Tür stehenden Ziegenerlampe bilden nach sozialistischer Auffassung eine treffliche Wählparole. Die Proporzserhöhung mußte dem Wohlstand frömmen. Der in Sachsen herrschende Wohlstand macht ebenfalls unter der Führung des Reichstagspräsidenten Löbe moralische Eroberungen im Reiche. Trotzdem fürchtet dieser Wohlstand in seinem Ursprungslande die Entscheidung des Volkes!

Der zur Schau getragene Optimismus der sozialistischen Presse ist eben falsch, er wird nur vorgetäuscht. Dahinter verbirgt sich innere Unsicherheit, Bedenklichkeit und — wie der Abgeordnete Dr. Reichhammer, zum Scherze des Ministerpräsidenten aus, aber trotzdem sehr richtig einmal gesagt hat — innere Unchristlichkeit. Man weiß in den Kreisen der Regierung und der Regierungsparteien sehr wohl, daß ihre Personalpolitik bei der überwiegenden Volksmehrheit nicht gebilligt wird, daß man die von Poinisti herbeigeführte Zerückung der Landespolitik bedenklich findet, daß man über den Kampf des „neuen Systems“ gegen Religion und Kirche geradezu entsetzt ist, daß man überhaupt mit der ganzen Richtung mehr und mehr unzufrieden wird. Die eigentlichen Regierungsparteien glauben bei einer Verchiebung der Entscheidung eine parteipolitisch günstigere Stellung zu erlangen; die Unabhängigen rechnen auf Zusatz von den Kommunisten, die Mehrheitsreiter auf solchen von den Unabhängigen. Neben diesen Erwägungen spielen wohl die mehr wohlthätigen Bedenken, daß der zu Ende gehende Winter kein recht geeigneter Zeitpunkt für Wahlen sei, und daß es um die Wahlkassen der Linken nicht zum Besten steht, in untergeordneter Rollen mit.

Die Hauptursache des Rückzuges bleibt die innere Unsicherheit oder, wenn man es in die Sprache der Sozialisten überträgt, die Furcht vor dem Stimmzettel der Wähler. Noch hat die Sozialdemokratie nicht den Schritt gewagt, den sie wohl am liebsten gegangen wäre, noch hat sie den kritischen Entwurf nicht zurückziehen lassen. Für Kenner der Verhältnisse besteht aber kein Zweifel darüber, daß der Herr Reiche als Ende März einen Vorwand finden wird, die Angelegenheit weiter zu verschleppen. Die Neapolitaner wissen und fühlen, daß die Mehrheit des Volkes nicht hinter ihnen steht, wollen aber trotzdem die Regierungsgewalt in einseitiger und rigoroser Weise ausüben. Bei jeder Gelegenheit haben sie das Schlagwort der Demokratie im Munde, in der Praxis aber zeigen sie

ein kümmerliches Zerbild der Demokratie, über die Parteienfraktion. In diesem Punkte liegt das, was Dr. Reichhammer als innere Unchristlichkeit gekennzeichnet hat.

Wegen Sozialisten und Unabhängigen die ihnen von der Gebuld der Staatsbürger gemährte Schonzeit durch ihren Rückzug um einige Monate verlängert haben, der engstirnigen Auseinandersetzung entzinnen sie dadurch nicht. Wenn sie geglaubt haben, durch ihren Rückzug den nächsten Kampf in einer fastlich günstigeren Stellung führen zu können, dann spekulieren sie auf die Vergeltlichkeit der Wähler. Es ist dafür gefordert — sie selbst haben dazu reichlich beigetragen —, daß sie bei dieser Spekulation nicht auf die Kösten kommen.

Derliches und Sächliches.

Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung?

Die Chemnitzer „Volkstimme“ schreibt in ihrer Nr. 41 unter der Ueberschrift „Die Regierung von morgen“ u. a. folgendes: „Wenn wir heute erraten, was langst offenes Geheimnis ist, daß die Kommunisten im Freistaat Zahlen bereit sind, sogar Minister zu stellen, wenn die Aufforderung an sie ergeht, und daß der kommunistische Staatsminister in Sachsen als Unterorgan die Politik der . . . Reichsregierung durchführen muß und durchführen wird, so . . .“

Die Chemnitzer „Volkstimme“ verrät damit doch etwas, was bisher Geheimnis war. Bisher haben die mehrheitssozialistischen Minister noch immer überlegt, ob eine Regierungsbasis für sie tragbar sei, die wesentlich von den für die Verbrechen in Mitteldeutschland verantwortlichen Kommunisten mitgebildet wird. Heute diskutiert ein mehrheitssozialistisches Blatt, das obenreißt dem für den augenblicklichen Kurs in Sachsen bestimmenden Wirtschaftsminister Jellisch naheheißt, ganz ernsthaft die Aufnahme von Kommunisten in die Regierung. Die Essentialität darf schenken Anstufung werden, ob eine Aufforderung zum Eintritt in die Regierung bereits an die Kommunisten ergangen ist oder ob sie ergehen wird. Gewisse Wortkammern in den letzten Wochen, namentlich auch die Haltung der Kommunisten in der letzten Landtagsabstimmung, machen die Möglichkeit eines baldigen Eintrittes der Kommunisten in die Regierung nicht ganz unwahrscheinlich.

Das Ergebnis der Kirchenaustrittsbewegung.

In den statistischen Mitteilungen über die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsens, herausgegeben vom Evangel.-luth. Landeskonfessionsrat, werden folgende Austrittsziffern aus dem Jahre 1920, im Jahre der eifrigsten Austrittsagitiation, bekanntgegeben: Ingesamt sind in diesem Jahre aus der Landeskirche ausgetreten 52 102 Personen. Darunter sind 50 750 Hebertritte zu den Dissidenten. Dazu kommen noch 9009 bei direkten Austritten aus Kirchenaustritt mit angeführter Kinder. Die meisten dieser Dissidentenaustritte fielen auf die Kirchenkreise Dresden I und II (mit 8152 und 4927), Leipzig I und II (mit 7440 und 2338), Chemnitz I und II, Pirna und Stolpen. Diese Austrittsziffern sind als hoch zu bezeichnen. Als Ursachen derselben werden in der Statistik des Landeskonfessionsrates angegeben: Starke Verbeugung und politische Terrorisierung gegenüber der handarbeitenden Bevölkerung, bei falschen Angaben über die Höhe der künftigen Kirchensteuer, in Versuchungen, Forderungen, Verhältnissen, Bergwerken und von Haus zu Haus. An der Agitation beteiligten sich vor allem die proletarischen Freidenker (zum Teil unter der Führung von Lehrern), die Kommunisten und die Anhänger der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Die meisten Austritte erfolgten unter den Industriearbeitern, wobei vielfach nur Männer austraten. Nur Kirche zurückgetreten sind von den Dissidenten in Sachsen im gleichen Jahre 780 Personen. Neuerdings hat die Austrittsbewegung sehr stark nachgelassen, auch mehrten sich die Rücktritte zur Landeskirche gerade von Seiten der Dissidenten, unter der Erkenntnis, daß man vielfach das Opfer verkennderlicher Agitation geworden ist.

Die deutsche Industrie gegen die weitere Tarifserhöhung.

Dem Teinunton-Sachverständigen wird geschrieben: Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie befaßte sich mit der Meldung, daß die Reichsbahnen ihren lochen erst erhöhten Gütertariff am 1. März 1922 wiederum um 20 % erhöhen wollen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die allgemeinen Tariffsätze jetzt schon, namentlich für nahe Entfernungen, das 20- bis 40-fache der Vorkriegszeit betragen, aber verglichen mit den Ausnahmestufen der Vorkriegszeit sei die Steigerung noch weit höher. Der Reichsverband der deutschen Industrie warnt vor weiteren Schritten auf diesem gefährlichen Wege, er hebt Protest gegen die am 1. März geplante weitere Tarifserhöhung und fordert erneut von der Eisenbahnverwaltung, daß sie ihr Defizit durch wirtschaftlichere Verwaltung des Betriebes abdeckt, statt durch fortgesetzte Tarifserhöhungen den Verkehr zu lähmen. Die Geldentwertung zu verschlimmern und mit der Steigerung aller Preise und Löhne ihr Defizit nur zu vergrößern.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theater: Spielplan für heute. Opernhaus: „Der Evangelist“ (588). Schauspielhaus: „Schuld und Sühne“ (7). Schauspielhaus: „Ein Volksfeind“ (588). Residenz-Theater: „Die Frau ohne Mann“ (588). Central-Theater: „Prinzessin Dalara“ (588).

† Mitteilung des Redaktions-Theaters. Die Festspielgesellschaft „Die Königin der Nacht“ ist vollständig neu ausgestattet. Die Dekorationen sind in den Materialien des Redaktions-Theaters geschaffen, die Kostüme, welche Fräulein von Perceval trägt, sind in den Händen der Fräulein Klingner, Moskaustraße 18, hergestellt worden. Die übrigen Rollen sind in den Händen der Redaktions-Theaters geschaffen.

† Musik am Hofe Friedrichs des Großen“ beteiligt sich ein Volkswissenschaftler, das am Mittwoch, den 1. März, von der Akademie der Wissenschaften in Leipzig unter Leitung von Dr. Gottlob Proffler gegeben wird und für den Hof von Königinen charakteristische Werke von Bach, Quantz, Ramon, Galle und Friedrich dem Großen bietet. Eintrittskarten können auch von Mitgliedern in der Volkswissenschaftlichen (Waldenhausstr. 20, Erdz., Eing. Ringstraße) entnommen werden.

† Das Hofkapellkonzert bei Königsplatz findet trotz der zohlfreien Dienstpost, den 25. Februar, 12 Uhr im Vereinshaus statt. Karten in der Kasse der Konzertsäle.

† Veranstaltungen. Heute, Sonnabend, 7 1/2 Uhr, in der Kaufmannschaft einigtes Violin-Konzert von S. Alderman. Im Vereinshaus, 12 1/2 Uhr, Konzert des Leipziger „Paukus“.

† Zum Tode des Opernlängers Georg Anthes. Ein Vertreter aus der Manzeit der Dresdner Oper unter Schuch, der neben der Rollen, neben Perron und Schemmelmantel in allen großen Heldentrollen auf den Dreißigern stand, ist mit dem jetzt in Budapest gestorbenen Georg Anthes dahingegangen. Als ganz junger Sänger, 1868 in Nomburg v. d. G. geboren, kam Anthes 1889 nach Dresden, nachdem er eben erst in Freiburg die Bühne betreten hatte, ein Stimmphänomen von bekräftigendem Reiz, eine durch und durch musikalische Natur, aus einer Musikerfamilie stammend, ausgebildeter Geiger und als Sänger Schüler von Stochhausen. Auf Konzertsreisen hatte er seinen lebendigen Tenor entwickelt, bei Gallera in Mailand hatte er sich auf die Bühnenaufbahn vorbereitet. So konnte er als Nachfolger des nach Berlin abgehenden Gubens an die Dresdner Oper gelangen. Als Wagnerlänger, aber auch als Hahn, Turridu, Ganto sang er sich in die Herzen der Dresdner ein, nicht zuletzt auch unterstützt durch seine prählende Er-

scheinung und den heldischen Charakter seines künstlerischen Weisens. In Barentz hat Anthes 1892 den Walter Stoltau geungen, aber persönliche Verhältnisse verhinderten sein weiteres Auftreten dort. Denn Anthes hatte auch alle Eigenschaften eines Künstlers alter Schule und eines verwöhnten Publikumsehlers und förderte durch seine Lebensweise seine Entwicklung nicht. 1894 zum Kammerlänger ernannt, ließ er sich 1896 ins Land des Dollars verlocken und war nur mit Mühen zurückzuhalten. 1902 brach er endgültig aus, wurde während einer Vorstellung von „Genickharte“ befallen, so daß Hans Gieseler mit den Rollen in der Hand seine Rolle zu Ende singen mußte, und ging, großer Hoffnungen voll, unter Vertrag nach Amerika. Ein Jahr blieb er dort, ohne den Gewinn an Ruhm und Geld in erhofftem Maße zu finden. Inzwischen war Karl Burlian von der Budapest Oper an die Dresdner übergegangen, und Georg Anthes fand nun in Budapest Anstellung. Hier hat er weitergewirkt, später zugleich als Gesangslehrer an der Hochschule für Musik. Der älteren Generation der Dresdner Operfreunde bleibt Anthes eine leuchtende Erinnerung als echte, in Sorgen und Schwächen reizvolle Künstlerpersönlichkeit.

† Klavier-Abend. Der zweite von R a y m u n d W u r t im Kaufmannschafts-Saal gegebene Abend mit Werken von Beethoven, Schumann (Kaiserschwanke), Mendelssohn (Variations series), Liszt und Schubert brachte seine erkennbare Steigerung der Eindrücke von früherem Auftreten her. Wurt nimmt es mit dem Technischen an oberflächlich. Man erlebte Unfertigkeiten, die bei öffentlichen Konzerten ausgeschlossen sein müssen. Aber auch nach musikalischer Seite hin konnten die Leistungen nicht befriedigen. Es fehlt an Größe, Verinnerlichung, an Still. Die mager an tonbildlichem Gehalt erschien die Beethoven-Sonate, ohne Charakteristik der Stimmungen, ohne Seelenstärke im Adagio. Mehr noch trat der Mangel an Gehaltskraft bei Schumann hervor, die nicht viel mehr als Melodische Klänge bot. Ganz ohne Zweifel besitzt Wurt plantische Gaben. In ihrer Ausdehnung muß er sich die nötige Zeit gönnen. Es bildet ein Talent sich in der Stille. E. P.

† Kirchenkonzert. Das in der Trinitatiskirche von Kantor Lechitz veranstaltete Konzert enthielt in seiner Vorprogramm aus schließlich Werke von J. S. Bach. Gerhard Paull, welcher sich durch gelegentliche Mitwirkung in den Kirchenkonzerten bereits als trefflicher Organist bekannt gemacht hat, zeigte sich auch an der Orgel der Trinitatiskirche in zwei Choralvorspielen und der Kantate und Trakt in G-Moll als geborener Musiker mit bewandeter Fingert und geschmackvollem Registrierungs-

vermögen. Doris Walde hat ihre Befähigung als Vokal-Sängerin schon des öfteren erbracht. Sie bot vollendete Kunst. Der Vortrag der Arie: „Meinem Dirnen bleib ich treu“ mit obligater Duode wurde zum Höhepunkt der Veranstaltung. Dieser dabei war Alfred Böring, welcher schon vorher in einem Vortrag für Duode und Duode durch abertausend welche Tonangebung abgebenen Jänner auf seinem heißen Instrument bewiesen hatte. Der aus zusammengesetzte Kirchenchor sang drei Choräle und die sehr schöne Motette Nr. VI und zeigte sich seiner Aufgabenstellung gewachsen. Das Konzert war recht gut besucht und von vorbildlicher Mäßigkeit. Der Reinertrag fließt dem Fonds für Wiederherstellung des Orgelprojektes zu dessen Weisheit im Kriege abgeliefert werden mußten. Die und mitgeteilt wird, listete der englische General Wanehope, der auf der Durchreise nach Oberitalien als Gast in Dresden weilte und das Konzert besuchte, als Dank für den vorzüglichen Genus für diesen Zweck eine namhafte Summe.

† Marie Knoll. Sonderausstellung Heinrichs Starz, Dresden, Französischer Grand, Vorchammer Bildhau. Schluß am 28. Februar. Geöffnet 9 bis 5 Uhr, Sonntag geschlossen. — Voranzeige. Kollektiv-Ausstellungen Kunstwerde, Schwidtsch, Montag, Freitag, Samstag, Sonntag, abends 7 Uhr, im großen Oberlichtsaal, Vortrag Julius Meier-Graefe: Beitrag Deutschlands zur Kunst Europas.

† Schwedische Ehrnung. Wie aus Stockholm gemeldet wird, hat die schwedische Akademie der Wissenschaften den Professor der Physik an der Berliner Universität Max Planck zum auswärtigen Mitglied ernannt. Planck verdient als Schöpfer der Quantentheorie in bekannter Weise durch die Verleihung des Nobelpreises gewürdigt worden.

† Eine Biograph-Festveranstaltung der G a r t e r b e i B u n d am 2. April in Berlin. Das zu diesem Zweck aus den ersten Kräften der bedeutendsten Berliner Orchester zusammengestellte Festorchester wird Siegfried Wagner dirigieren.

† Die deutsche Ingenieurkammer in Woonjing (China) soll wieder eingerichtet werden. Der Entwurf zum Reichshausbau für 1922 stellt dafür einen einmaligen Kostentrat von 1/2 Million ein.

† Unbekannte Briefe Tolstois. Ein Junkspruch aus Moskau teilt mit, daß der Staatsvertrag in Woroneß bisher unbekante Briefe Tolstois und seiner Witwe verstreut hat.

Dr. 96
Grenzstadt, 2. Februar 1922
Seite 3

Börsen- und Handelsteil.

Das verfloßene Traujahr.

Das dem Jahresbericht des Deutschen Brauer- und Malzwerks für das Jahr 1921...

18. ordentliche Hauptversammlung ab, die von sieben Mitgliedern...

Veipziger Baumwollspinnerei Aktien-Gesellschaft in Leipzig...

Verkehrs-Genossenschaft in Berlin...

Junge Aktien Dresden...

Leipziger Kurse vom 24. Februar...

Deutsche Bierbrauerei in Dresden...

Porzellanfabrik Meißner in Meißen...

Die Vertretung der Leipziger Messe im Ausland...

Zahlungsfähigkeit einer Maschinenfabrik...

Leipziger Kurse vom 24. Februar bis abends 6 Uhr.

Wegweiser im Freiverkehr am 24. Februar bis abends 6 Uhr.

Dresdner Börsen-Freiverkehr vom 24. Februar.

Table with columns for various stock and bond prices, including 'Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt' and 'Leipziger Kurse'.

Leipziger Kurse vom 24. Februar.

Table with columns for various stock and bond prices, including 'Leipziger Kurse' and 'Dresdner Börsen-Freiverkehr'.

Dresdner Handelsregister.

Table with columns for various stock and bond prices, including 'Dresdner Handelsregister'.

Berliner Kurse vom 24. Februar 1922. (Oben fortgesetzt.) Table with columns for Deutsche Staats- u. Stadtk., Transporth., Industrie-Aktion., Bank-Aktion., Ausländische Anleihen.

Berliner Kurse vom 24. Februar 1922. (Oben fortgesetzt.) Table with columns for various stock and bond prices.

Berliner Kurse vom 24. Februar 1922. (Oben fortgesetzt.) Table with columns for various stock and bond prices.

